



Rathaus Umschau

Donnerstag, 6. Juni 2024

Ausgabe 107

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder Push-Nachricht
unter muenchen.de/ru-abo*

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	4
Meldungen	4
› Zwischenbericht zur Arbeit der Task-Force Bahnhofsviertel	4
› Sommerstraßen-Saison startet mit Eröffnungsfesten	6
› Online-Jugendbefragung 2024: Jetzt noch teilnehmen	7
› Medizinkongress ESCMID Global kommt nach München	8
› Stadtarchiv: Einblicke in 60 Jahre Städtepartnerschaft mit Bordeaux	9
› Das Münchner Nachtleben per Fahrrad erkunden	9
› Vortrag „Energetische Sanierung in WEGs und Mehrfamilienhäusern“	10
Antworten auf Stadtratsanfragen	11
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	

Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Freitag, 7. Juni, 9 Uhr, Qubes, IT-Referat, Agnes-Pockels-Bogen 26-33

Bürgermeister Dominik Krause begrüßt gemeinsam mit IT-Referentin Dr. Laura Dornheim Mitglieder des Stadtrats und Vertreter*innen der Stadtverwaltung zum Stadtratshearing „Künstliche Intelligenz in der Landeshauptstadt München | gemeinsam verstehen, anwenden und gestalten“. Das Hearing besteht aus drei Impulsvorträgen zu verschiedenen Einsatzmöglichkeiten von Künstlicher Intelligenz. Abschließend werden die Vortragenden gemeinsam mit den Teilnehmenden in einem Panel über die Bedeutung von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung debattieren. Die Vorträge und das Panel werden für die Öffentlichkeit live gestreamt.

Weitere Informationen und der Link zum Livestream finden sich unter <https://m-digital.lineupr.com/stadtratshearing-digitaltag-2024/schedule/category/stadtratshearing>.

Wiederholung

Freitag, 7. Juni, 14 Uhr, Qubes, IT-Referat, Agnes-Pockels-Bogen 26-33

Bürgermeister Dominik Krause und IT-Referentin Dr. Laura Dornheim begrüßen alle interessierten Bürger*innen zum Digitaltag im IT-Referat. Der Digitaltag ist eine bundesweite Veranstaltung, die in diesem Jahr zum fünften Mal stattfindet. Das IT-Referat öffnet ab 14 Uhr die Türen für die Öffentlichkeit. Über den Nachmittag verteilt werden Workshops und Vorträge zu Themen rund um Künstliche Intelligenz und Digitalisierung angeboten. In einem gesonderten Raum wird über die gesamte Veranstaltungszeit ein Marktplatz mit 14 Messeständen aufgebaut sein.

Zum Abschluss des Tages wird von 17.30 bis 18.30 Uhr eine Podiumsdiskussion zum Thema „Civic Coding – Einsatz und Nutzung Künstlicher Intelligenz für das Gemeinwohl“ stattfinden, an der unter anderem IT-Referentin Dr. Laura Dornheim teilnimmt. Nach der Podiumsdiskussion haben alle Teilnehmer*innen die Möglichkeit, bei einem Get Together den Abend ausklingen zu lassen.

Weitere Informationen rund um den Digitaltag in der WebApp unter <https://m-digital.lineupr.com/stadtratshearing-digitaltag-2024/schedule/category/digitaltag>.

Wiederholung

Freitag, 7. Juni, 19 Uhr, Rathausgalerie, Marienplatz 8

Zur Eröffnung der Ausstellung „INSTRUMENTALIZED!“ sprechen Stadtrat Lars Mentrup (SPD/Volt-Fraktion) in Vertretung des Oberbürgermeisters

sowie Nina Oswald, Teamleitung Bildende Kunst im Kulturreferat, ein Grußwort.

Dienstag, 11. Juni, 13 Uhr, Hotel H4 Messe München, Konrad-Zuse-Platz 14

Stadträtin Dr. Julia Schmitt-Thiel (SPD/Volt-Fraktion) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters ein Grußwort zur 26. bundesweiten Betriebs- und Personalrätekonferenz der Wasserwirtschaft in München.

Dienstag, 11. Juni, 16.30 Uhr, Eggenfabrik, Erna-Eckstein-Straße

Bürgermeisterin Verena Dietl und Sportreferent Florian Kraus stellen im Rahmen eines Fototermins die neue Betreibergesellschaft der Actionsporthalle in Pasing vor. Die Actionsporthalle soll im ersten Quartal 2025 eröffnet werden. Dort wird eine neue Heimat für alle Skateboard- und BMX-Fahrer*innen entstehen und die Möglichkeit geschaffen, in der Stadt München auch im Winter oder bei schlechtem Wetter diesen Sportarten nachzugehen. Als weitere Ansprechpartner*innen werden Vertreter*innen der Skater- und Actionsportszene, des Referats für Bildung und Sport sowie des Baureferats zur Verfügung stehen.

Achtung Redaktionen: Treffpunkt ist am Eingang der Eggenfabrik. Der Termin ist für Fotograf*innen geeignet. Akkreditierung bis spätestens Montag, 10. Juni, 17 Uhr, bei der Pressestelle des Referats für Bildung und Sport per E-Mail an presse.rbs@muenchen.de.

Dienstag, 11. Juni, 18 Uhr, Gasteig HP8, Hans-Preißinger-Straße 8

Anlässlich seines 75-jährigen Bestehens hat der Deutsche Juristinnenbund in Kooperation mit dem Stadtbund Münchner Frauenverbände die Wanderausstellung „Jüdische Juristinnen und Juristinnen Jüdischer Herkunft“ initiiert. Bürgermeisterin Verena Dietl spricht zur Eröffnung der Ausstellung Grußworte. Mit der Ausstellung werden Frauen gewürdigt, die nach 1900 erstmals an deutschen Universitäten die Zulassung zum Jura-Studium erkämpft hatten. Weitere Informationen zur Veranstaltung unter <https://go.muenchen.de/juedische-juristinnen-und-juristinnen-juedischer-herkunft>

Achtung Redaktionen: Es wird um Anmeldung bis spätestens Montag, 10. Juni, per E-Mail an buero@frauenverbaende.de gebeten.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 13. Juni, 18.15 Uhr, Rathaus, Kleiner Sitzungssaal (Zugang ist rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 1 (Altstadt-Lehel). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** statt.

Donnerstag, 13. Juni, 19 Uhr, Mensa des Bildungscampus Freiham, Helmut-Schmidt-Allee 41 (Zugang ist rollstuhlgerecht)

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 22 (Aubing-Lochhausen-Langwied). Die Versammlungsleitung und der Bezirksausschussvorsitzende Sebastian Kriesel informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk. Die Versammlungsleitung steht noch nicht fest.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreter*innen aus folgenden Bereichen interessierten Bürger*innen Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Mobilitätsreferat – Straßenverkehr, Referat für Klima- und Umweltschutz – Energieberatung des Bauzentrums, KVR – Bezirksinspektion, Münchner Verkehrsgesellschaft, der Bezirksausschussvorsitzende Sebastian Kriesel und in der Regel Seniorenbeirat, Polizeiinspektion, Stadt-Information sowie das örtlich zuständige Sozialbürgerhaus.

Meldungen

Zwischenbericht zur Arbeit der Task-Force Bahnhofsviertel

(6.6.2024) Ende April hat Oberbürgermeister Dieter Reiter zur Verbesserung der Situation im Bahnhofsviertel eine Task-Force einberufen, die Anfang Mai ihre Arbeit aufgenommen hat. Unter Federführung des Kreisverwaltungsreferats und unter Beteiligung verschiedener städtischer Dienststellen und des Polizeipräsidiums München wurden bereits erste Maßnahmen umgesetzt und auf den Weg gebracht.

Ein Schwerpunkt der Task-Force liegt auf dem Alten Botanischen Garten und dem direkt daran anschließenden Karl-Stützel-Platz. Den kriminalpräventiven Empfehlungen des Bayerischen Landeskriminalamtes folgend wurden hier Büsche und Bäume massiv zurückgeschnitten, um eine bessere Einsehbarkeit des Parks zu erzielen. Auch wurden Bänke und Tischtennisplatten abgebaut, die Fehlnutzungen unterlagen, insbesondere weil sie Drogendealern für ihren Handel und zum Verweilen dienten.

Noch im Juni wird die Beleuchtung des Parks verstärkt. Zudem hat die Münchner Polizei am 5. Juni eine Videoüberwachung des Bereichs um den Neptunbrunnen initiiert. Auch bessere Zufahrtsmöglichkeiten für Polizei und Rettungsdienst werden aktuell baulich umgesetzt.

Darüber hinaus ist die Task-Force damit befasst, eine stärkere Belegung des Karl-Stützel-Platzes und des Alten Botanischen Gartens noch in diesem Sommer auf den Weg zu bringen. Das Kreisverwaltungsreferat ist hierzu in Kontakt mit verschiedenen Antragssteller*innen aus der Gastrozene und des Freizeitsports, um ein möglichst breites Angebot zu schaffen und die Fläche durch attraktive Angebote zu nutzen: So sind am Neptunbrunnen und am Karl-Stützel-Platz für die Zeit ab Juli je ein Kulturbiergarten geplant. Seit Mittwoch gibt es einen mobilen Eisverkäufer im Alten Botanischen Garten.

Ab voraussichtlich Ende Juni sollen jeden Samstag bis Oktober Kinderspielnachmittage mit verschiedenen Bewegungsspielen unter entsprechender Betreuung im Park angeboten werden. Ergänzt wird das Angebot in Kürze durch das Aufstellen einer Kletterwand oder eines Boulderwürfels am Karl-Stützel-Platz. Mittelfristig sind weitere Maßnahmen geplant, wie eine Skateanlage, ein Basketballfeld sowie ein Street-Fußballfeld.

Ein zweiter aktueller Arbeitsschwerpunkt der Arbeit der Task-Force ist die Schützenstraße. Um hier den Verwahrlosungstendenzen durch die Leerstände von Kaufhof und Karstadt entgegenzuwirken, wird entlang des leerstehenden Gebäudes ein einheitlicher Bauzaun errichtet, der trotz des Leerstandes und der Baustellentätigkeiten eine gewisse Lebensqualität in der Schützenstraße erhalten soll. Das Provisorium wird voraussichtlich bereits am 13. Juni errichtet, bevor dann gegen Ende Juli eine solide und längerfristige Einrichtung umgesetzt wird.

Begleitend finden aktuell auch Gespräche mit den ansässigen Gewerbebetrieben statt, mit dem Ziel, eine Belegung durch größere Freischankflächen oder Verkaufsstände (zum Beispiel Obst) zu erzielen und die Schützenstraße so lebendiger und attraktiver zu gestalten.

Zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität wurden darüber hinaus bereits verschiedene bereits jetzt sichtbare Maßnahmen umgesetzt: So wurden Pflanzgefäße zur Begrünung der Fußgängerzone aufgestellt, nicht mehr notwendige Baustelleneinrichtungsgegenstände entfernt und Parkverstöße sichtbar verstärkt kontrolliert. Auch der kleine Brunnen in der Schützenstraße wird in Kürze wieder in Betrieb genommen.

Auch im Bereich der Sonnenstraße ist man in der Task-Force dabei, Verbesserungen herbeizuführen. So steht man auch hier im Austausch unter anderem zu Zwischennutzungen im ehemaligen Kaufhofgebäude. Zudem wurde das Räumungsintervall von lagernden oder nächtigenden Personen deutlich erhöht.

Weiter auf der Agenda der Task-Force stehen neben den bereits genannten Örtlichkeiten der Nussbaumpark sowie die Baustellensituation insgesamt rund um den Hauptbahnhof.

Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Mir war es ein großes Anliegen, mit der Einberufung der Task-Force Missständen im Bahnhofsviertel entschieden und schnell entgegenzuwirken. Einiges ist in der kurzen Zeit bereits umgesetzt worden und weitere Verbesserungen sind auf den Weg gebracht. Wir werden alles tun, um die Bahnhofsgegend wieder ansehnlicher zu machen. Deshalb wurden beispielsweise nicht nur im Alten Botanischen Garten Büsche und Bäume massiv zurückgeschnitten, sondern auch in der Schützenstraße die unansehnlichen Betonelemente entfernt und Pflanztröge aufgestellt, auch der Brunnen soll in Kürze wieder geöffnet werden. Aber das ist erst der Anfang. Insgesamt will ich, dass die Bahnhofsgegend wieder mehr belebt wird und sich die Menschen gern hier aufhalten. Ich werde mir weiterhin regelmäßig über die Arbeit der Task-Force berichten lassen.“

Am 2. Juli wird der Stadtrat ausführlich über die Arbeit der Task-Force und die Verbesserung der Situation im Bahnhofsviertel unterrichtet.

Kreisverwaltungsreferentin Dr. Sammüller-Gradl: „Ich bin froh, dass wir durch das gute und koordinierte Zusammenwirken der städtischen Dienststellen und der Münchner Polizei bereits erste Maßnahmen zur Verbesserung der Situation rund um den Hauptbahnhof anstoßen konnten.“

Sommerstraßen-Saison startet mit Eröffnungsfesten

(6.6.2024) Seit 2019, als die ersten zeitlich befristet eingerichteten verkehrsberuhigten Straßen und Spielstraßen in einem Pilotversuch umgesetzt wurden, gibt es Sommerstraßen in München. Sie laden zum Verweilen, Flanieren sowie Spielen ein – und damit dazu, den Straßenraum einmal anders zu nutzen. In diesem Sommer können unter der Federführung des Mobilitätsreferats drei Straßenzüge, die die Bezirksausschüsse vorschlagen haben, zu Sommerstraßen umgestaltet werden. Das Baureferat stattet die Straßen mit Pflanzgefäßen mit Blumen und Palmen sowie Sitzgelegenheiten aus.

In diesem Jahr werden folgende Straßen zeitweilig zu Sommerstraßen und dafür in einen verkehrsberuhigten Bereich umgewandelt:

- Stadtbezirk 1 (Altstadt-Lehel): Isartorplatz, zwischen Thierschstraße und Kanalstraße, ab 24. Juni, Eröffnungsfest am 12. Juli ab 14 Uhr (Ersatztermin: 26. Juli)
- Stadtbezirk 5 (Au-Haidhausen): Drächslstraße, Sackgasse westlich der Senftlstraße, ab 25. Juni, Eröffnungsfest am 3. Juli ab 16 Uhr (Ersatztermin: 8. Juli)

- Stadtbezirk 6 (Sendling): Schöttlstraße, zwischen Fallstraße und Leipartstraße, ab 3. Juli, Eröffnungsfest am 17. Juli ab 16 Uhr (Ersatztermin: 24. Juli)

Erstmals gibt es an allen Standorten Eröffnungsfeste, um gemeinsam den Beginn der Sommerstraßen-Saison zu feiern. Die drei Sommerstraßen bleiben den Bürger*innen bis nach dem Oktoberfest erhalten. Sie werden zwischen 15. und 31. Oktober abgebaut. Da der Wunsch einer punktuellen Bespielung der Sommerstraßen in den letzten Projektjahren mehrfach geäußert wurde, werden im Laufe der aktuellen Sommerstraßen-Saison erstmals auch kleinere, nicht kommerzielle Aktionen und Events wie Spiel-, Mobilitäts- oder Kunstaktionen in Zusammenarbeit mit lokalen Akteur*innen initiiert.

Bürgermeister Dominik Krause: „Weniger ist mehr: Heuer wird es in der Stadt drei Sommerstraßen geben, diese werden aber besonders aktiv bespielt, um so einen Mehrwert für die Nachbarschaft zu bieten. Wir haben in den letzten Jahren einige Erfahrungen gesammelt, welche Standorte gut funktionieren und welche auch weniger geeignet sind. Das Mobilitätsreferat hat das Konzept der Sommerstraßen entsprechend angepasst und insbesondere den Wunsch der Bürger*innen aufgenommen, die Sommerstraßen von städtischer Seite mit Veranstaltungen für die Nachbarschaft oder für Kinder und Jugendliche stärker zu begleiten. Ich hoffe, dass die Sommerstraßen gut angenommen werden und sich zu beliebten Treffpunkten im Sommer entwickeln.“

Mobilitätsreferent Georg Dunkel: „Ich freue mich, dass wir auch in diesem Jahr wieder Sommerstraßen umsetzen können, die uns von den Bezirksausschüssen vorgeschlagen wurden. Wir schaffen mit der Einrichtung der verkehrsberuhigten Bereiche und dem Mobiliar einen Rahmen, den die Bürger*innen ab Ende Juni mit Leben füllen können. Und genau dazu möchte ich die Anwohnenden ermutigen: Bringen Sie sich und Ihre Ideen zur Belebung der Sommerstraßen ein. Nutzen Sie den zusätzlichen Raum zum Spielen und für den Aufenthalt im Freien – und genießen Sie den Sommer in der Stadt.“

Online-Jugendbefragung 2024: Jetzt noch teilnehmen

(6.6.2024) Noch bis 15. Juni läuft unter <https://jugendbefragung-muenchen.de> die Online-Jugendbefragung 2024 des Stadtjugendamts in Kooperation mit dem Aktionsbündnis „Wir sind die Zukunft“. Die Befragung soll Informationen darüber liefern, wie sich junge Menschen in der Stadt fühlen, welche Probleme sie haben und was sie verbessern würden. An der Umfrage können sich junge Menschen im Alter von 16 bis 24 Jahren aktiv zu ihren Bedürfnissen, Einstellungen und Erwartungen in verschiedenen Lebensbereichen äußern. Je mehr junge Menschen mitmachen, desto ge-

nauer ist das Bild, das Verwaltung und Politik vom Leben Jugendlicher und junger Menschen in München gewinnen.

Bürgermeisterin Verena Dietl: „Aktuelle Studien belegen, dass gerade Jugendliche und junge Erwachsene pessimistischer auf ihr Leben blicken und sich besonders mit der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Lage unzufrieden zeigen. Die Jugendforscher*innen der Studie ‚Jugend in Deutschland 2024‘ fordern mehr Möglichkeiten für junge Menschen, sich an politischen Prozessen zu beteiligen. Von daher ist es sinnvoll und notwendig, das Instrument der Online-Befragung zu nutzen, um die Bedürfnisse und Wünsche der jungen Menschen in unserer Stadt herauszufinden. Die junge Generation ist eine wichtige Säule unserer Stadtgesellschaft, die sich über diesen Weg mit ihren Anliegen zu Wort melden kann.“

Als ein Ergebnis aus der letzten Befragung 2020/2021, in der junge Menschen in hoher Anzahl mitteilten, dass sie sich von der Politik in München nicht gehört fühlten, wurde das Kinder- und Jugendrathaus eingerichtet. Alle Kinder und Jugendlichen können sich jetzt jederzeit mit allen Anliegen im Kinder- und Jugendrathaus an Bürgermeisterin Verena Dietl und ihr Team wenden.

Auch wurde in der letzten Befragung das Thema „fehlender bezahlbarer Wohnraum“ von vielen jungen Menschen benannt und war unter anderem Anstoß dazu, das Auszubildendenwerk für München zu gründen und so die Lebens-, Ausbildungs- und Wohnbedingungen für Auszubildende in München dauerhaft zu verbessern.

Medizinkongress ESCMID Global kommt nach München

(6.6.2024) Der Stadt München ist es gelungen, den bedeutenden Medizinkongress ESCMID Global der European Society of Clinical Microbiology and Infectious Diseases zu gewinnen. Er wird 2026 von 17. bis 21. April in der Messe München stattfinden. Rund 18.000 Teilnehmer*innen werden erwartet.

Clemens Baumgärtner, Referent für Arbeit und Wirtschaft: „Gemeinsam mit der Messe München und unseren Partnern aus Hotellerie und der Kongresswirtschaft haben wir die Veranstalter von den Vorzügen Münchens als Kongressdestination überzeugt. Als exzellente Wissenschaftsmetropole mit 17 Universitäten, davon zwei Elite-Universitäten, und bedeutender Gesundheitsstandort mit zwei Universitätskrankenhäusern und insgesamt 60 Kliniken bietet München die idealen Rahmenbedingungen für diesen medizinischen Spitzenkongress. Dazu kommen noch die herausragende Infrastruktur und nicht zuletzt die gastfreundliche und lebensfrohe Atmosphäre in der Stadt.“

Veranstaltungen dieser Art und Größenordnung stärken auch die heimische Wirtschaft, denn sie sorgen für erhebliche Umsätze bei der Gastronomie, Hotellerie, dem Handel oder auch den Taxiunternehmen.

„Wir freuen uns sehr, dass auch dieser wichtige Medizinkongress zur Messe München kommt“, so Reinhard Pfeiffer, CEO der Messe München. „Spätestens die COVID-19-Pandemie hat deutlich gemacht, wie essenziell neue Erkenntnisse im Bereich der klinischen Mikrobiologie und Infektionskrankheiten sind. Die Messe München bietet mit ihrem Know-how für Veranstaltungen und ihren vielfältigen Räumen den idealen Rahmen für einen Kongress dieser Größenordnung.“

ESCMID Global ist ein jährlich stattfindender Kongress, der Expert*innen aus den Bereichen Klinische Mikrobiologie und Infektionskrankheiten zusammenbringt. Die Europäische Gesellschaft für klinische Mikrobiologie und Infektionskrankheiten (ESCMID) ist die führende Gesellschaft für klinische Mikrobiologie und Infektionskrankheiten in Europa.

Stadtarchiv: Einblicke in 60 Jahre Städtepartnerschaft mit Bordeaux

(6.6.2024) Bereits in den 1950er Jahren entwickelten sich die ersten Kontakte zwischen Bordeaux und München. Am 30. Mai 1964 vereinbarten die Oberbürgermeister der beiden Städte, Hans-Jochen Vogel und Jacques Chaban-Delmas, in Bordeaux offiziell eine Städtepartnerschaft.

Dr. Daniel Baumann und Anton Löffelmeier geben am Dienstag, 11. Juni, 18.30 Uhr, in der Rotunde des Stadtarchivs, Winzererstraße 68, unter dem Titel „Vive Bordeaux, vive Munich“ Einblicke in die Akten- und Sammlungsüberlieferung zu 60 Jahren Städtepartnerschaft Bordeaux – München.

Das Münchner Nachtleben per Fahrrad erkunden

(6.6.2024) Am Donnerstag, 13. Juni, findet die nächste geführte Radtour des Mobilitätsreferats statt. Sie führt entlang der Münchner Altstadt zum belebten Gärtnerplatzviertel, nach Haidhausen und über das Lehel zum Kunstareal in der Maxvorstadt. Dabei erhalten die Teilnehmer*innen nicht nur Informationen über Sehenswürdigkeiten, sondern lernen Orte kennen, an denen es sich besonders am Abend gut verweilen lässt.

Die Tour beginnt um 17 Uhr und dauert etwa zweieinhalb Stunden. Der genaue Treffpunkt wird mit der Anmeldebestätigung mitgeteilt. Die Anmeldung ist online unter muenchenunterwegs.de/angebote/muenchen-neu-entdecken möglich. Die Teilnehmerzahl ist auf maximal 20 Personen beschränkt, bei großer Teilnehmerzahl begleiten zwei Guides die Gruppe.

An 16 Tagen zwischen Mai und Oktober (Sommerferien ausgenommen) bieten die geführten Radtouren des Mobilitätsreferats die Gelegenheit, die schönsten Ecken Münchens auf attraktiven und sicheren Routen mit dem Fahrrad zu erkunden. Auf den Touren erfahren die Teilnehmenden viel Wissenswertes über die Stadtentwicklung, neue und historische Viertel, zu-

künftige Projekte sowie die städtische Radförderung. Nicht zuletzt lassen sich bei den Radtouren auch neue Kontakte knüpfen. Das Mobilitätsreferat ist Veranstalter der Touren, die von guiding architects munich durchgeführt werden. Auf der Website des Mobilitätsreferats finden sich ausführliche Informationen zu allen Touren, darunter beispielsweise eine Innenstadt-Tour und eine Olympia-Tour. Die Touren werden stetig fortentwickelt und erweitert. Neu im Angebot ist eine Tour durch Neuperlach. Zu jeder Tour gibt es ein kleines Booklet, anhand dessen man die Tour später noch einmal selbst nachfahren oder Informationen dazu nachlesen kann. Eine Anmeldung ist immer drei Wochen vor dem jeweiligen Termin über die Website muenchenunterwegs.de möglich.

Vortrag „Energetische Sanierung in WEGs und Mehrfamilienhäusern“

(6.6.2024) Das Bauzentrum München lädt in Kooperation mit der Volkshochschule SüdOst am Dienstag, 11. Juni, 18.30 Uhr, ein zum Vortrag „Energetische Sanierung in WEGs und Mehrfamilienhäusern: Vorgehen, Möglichkeiten und Förderungen“. Veranstaltungsort ist das Wolf-Ferrari-Haus in Ottobrunn, Rathausplatz 2. Die Teilnahme ist kostenfrei. Eine Anmeldung ist erforderlich unter <https://t1p.de/x7slo>.

Architekt und Bauherrenberater Martin Delker zeigt praxisnahe Wege und Möglichkeiten auf, wie Wohnungseigentümergeinschaften und Hausverwaltungen ihre Energiekosten für Heizung und Warmwasser dauerhaft senken können. Dabei geht er auch auf aktuelle Förderprogramme und die notwendigen Schritte zur energetischen Sanierung ein.

Weitere Infos unter veranstaltungen.muenchen.de/bauzentrum, per E-Mail an bauzentrum@muenchen.de oder telefonisch unter 546366-0.

70 Jahre Bauzentrum München

Das Bauzentrum München begeht noch bis Ende Juni sein 70. Jubiläum mit einem abwechslungsreichen Festprogramm und zahlreichen Veranstaltungen rund um nachhaltiges Wohnen, Sanieren und Bauen. Informationen unter muenchen.de/bauzentrum.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 6. Juni 2024

AWM unterstützt regelkonformes Parken und freie Wege zur Abfallentsorgung

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste) vom 27.11.2023

Bürgerhaus Neuperlach – die unendliche Geschichte

Antrag Stadtrats-Mitglieder Daniel Stanke, Markus Walbrunn und Iris Was-sill (AfD) vom 27.2.2024

AWM unterstützt regelkonformes Parken und freie Wege zur Abfallentsorgung

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste) vom 27.11.2023

Antwort Kommunalreferat:

Mit Ihrem Antrag fordern Sie den *Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM)* auf, sich mit dem *Kreisverwaltungsreferat (KVR)*, dem *Mobilitätsreferat (MOR)* und der *Münchner Polizei* abzusprechen, damit künftig die 60.000 Abfallbehälter täglich zuverlässiger geleert werden können und die Müllwerker*innen nicht ständig von Falschparkenden aufgehalten werden. Außerdem fordern Sie den AWM auf, sich an einer Öffentlichkeits-Kampagne zur Freihaltung von Gehwegen und ausreichend freier Fahrbahnbreite für Fahrzeuge der Daseinsvorsorge zu beteiligen oder eine eigene Kampagne zu konzipieren.

Sie begründen den Antrag damit, dass die immer weiter zunehmende Zahl an Autos in München zu beidseitigem illegalem Parken in schmalen Straßen und damit zu massiven Problemen bei der Durchfahrung für Fahrzeuge der Daseinsvorsorge (Müllautos, Krankenwägen und Feuerwehrlöschzüge) führe. Illegales Parken sei zwar mit einem Bußgeld belegt, werde aber insbesondere von der Polizei in den Mittel- und Außenbezirken Münchens nicht zuverlässig sanktioniert. Anstatt über kleinere Müllfahrzeuge oder temporäre Beschilderung nachzudenken, sei ein konsequentes, stadtweit einheitliches Vorgehen zu priorisieren. Eine konsequente Durchsetzung von geltendem Recht, wie auch begleitende kommunikative Aktivitäten könnten für dauerhaft freie Wege sorgen.

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch ein laufendes Geschäft, dessen Besorgung nach Art. 88 Abs. 3 Satz 1 GO i.V.m. der Betriebssatzung des jeweiligen Eigenbetriebes dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag vom 27.11.2023 teile ich Ihnen Folgendes mit:

Es gibt im AWM bereits einen umfangreichen Maßnahmenkatalog, um Verparkungen entgegenzuwirken bzw. die Müllentsorgung trotz Verparkungen weitgehend sicherzustellen.

Darunter fallen insbesondere:

- Anbringen von allgemeinen Infozetteln an falschgeparkten Fahrzeugen,
- Verteilen von individuellen Infozetteln oder Anschreiben,
- Veranlassung von Aushängen durch die Hausverwaltung,
- Durchführung von Kampagnen, Einsatz entsprechender Fahrzeugplakate,
- Bitte an die Polizei bzw. ans KVR um verstärkte Überwachung bei bereits bestehenden Halteverboten,
- Beantragen von Halteverboten, die auf die Leerungszeit des AWM beschränkt sind,
- enger Austausch mit den Sachbearbeiter*innen vom MOR, KVR und der Polizei,
- Wahrnehmen von Vor-Ort-Terminen mit der Polizei, dem MOR und den Bezirksausschüssen,
- Erstellen von Anzeigen bei der Polizei in Extremfällen (z.B. bei dauerhaften Verparkungen),
- Anschreiben von Geschäftspartner*innen bzw. Kund*innen zur Beantragung einer Grenzmarkierung vor deren Grundstückszufahrt,
- ggf. direkte Ansprache von Falschparker*innen sowie
- Beantragen von Grenzmarkierungen beim MOR in Kurven zur Verdeutlichung des allgemeinen/bestehenden Halteverbots.

Maßnahmen, wie die Beantragung von Halteverboten oder Grenzmarkierungen haben aufgrund des hohen Parkdrucks oftmals nur wenig Aussicht auf Erfolg.

Das KVR äußert sich zu dem Antrag wie folgt:

„Den Wunsch nach regelkonformen Parken und freien Wegen können wir selbstverständlich sehr gut nachvollziehen. Dies schließt auch das Freihalten von Wegen für alle anderen Fahrzeuge der Daseinsvorsorge mit ein; so verbessert regelkonformes Parkverhalten im Straßenverkehr auch die Erreichbarkeit von Einsatzstellen für Feuerwehr und Rettungsdienst.“

Die Meldungen über verparkte Straßen erreichen die Abteilung Einsatzvorbereitung der Branddirektion dabei auf verschiedenen Wegen. Hierzu zählen neben den Meldungen der Einsatzkräfte in den letzten Jahren auch vermehrt Anfragen seitens des Mobilitätsreferats, des Abfallwirtschaftsbetriebs und von Bürger*innen sowohl zum Problem des „Gehwegparkens“ als auch zu abgestellten Fahrzeugen in Kurven und Engstellen. In Abstimmung mit dem MOR, dem AWM und der Polizei wurden auch zahlreiche dauerhafte Verkehrsanordnungen in Form von Halteverboten umgesetzt.

Die Branddirektion benötigt grundsätzlich eine Durchfahrtsbreite von mindestens 3 m, um das Befahren mit Einsatzfahrzeugen von Feuerwehr und Rettungsdienst zu ermöglichen. Nur damit kann die Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfrist gewährleistet werden. Eine Kampagne zur Freihaltung von Gehwegen und ausreichender Fahrbahnbreite begrüßt die Branddirektion sehr. Diese kann sich sehr gut vorstellen, die Kampagne auch aktiv zu unterstützen.

Gerne unterstützt die Kommunale Verkehrsüberwachung (KVÜ) das Anliegen der freien Wege auch im Rahmen von Schwerpunkteinsätzen, soweit die zuständigen Stellen der KVÜ jene Örtlichkeiten mitteilen, die diesbezüglich auffällig sind.

Die Beschlussfassung zur Strategischen Weiterentwicklung der Kommunalen Verkehrsüberwachung vom 28.11.2023 sieht dabei vor, eine zentrale Meldestelle zu etablieren, um eine noch schnellere Reaktion der KVÜ auch in solchen Fällen zu ermöglichen. Meldungen über versperrte Wege für Fahrzeuge der Daseinsvorsorge könnten dafür ein gutes Beispiel sein.

Soweit bestimmte Örtlichkeiten nicht im Zuständigkeitsbereich der KVÜ liegen, können diese der Polizei gemeldet werden.“

Die Stellungnahme des MOR zu o.g. Antrag lautet folgendermaßen:

„Das verbotswidrige Gehwegparken hat sich über Jahrzehnte in einer Vielzahl von Straßen in Wohngebieten in ganz München eingebürgert und wurde von den Ordnungskräften im Rahmen des Opportunitätsprinzips teilweise auch geduldet. Dadurch hat sich zwar eine überwiegende Toleranz der Bewohner*innen in den betroffenen Straßen eingestellt, dennoch stellt das ordnungswidrige Gehwegparken für manche Personen eine unüberwindbare Barriere dar. Diese ist vor allem dann gegeben, wenn Fußgänger*innen (inkl. Kinder, Senioren, Menschen mit Mobilitätseinschränkungen oder Behinderung, Personen mit Kinderwagen) auf die Fahrbahn ausweichen müssen oder Sichtbeziehungen an Grundstückszu- und -ausfahrten beeinträchtigt werden.

Diese Thematik ist Teil einer Beschlussvorlage, die sich mit dem Management des öffentlichen Raums befasst und voraussichtlich im Laufe des Jahres 2024 dem Stadtrat der Landeshauptstadt München vorgelegt wird. In Vorbereitung dieser Beschlussvorlage ist das Mobilitätsreferat mit der Erarbeitung strategischer Möglichkeiten befasst, wie stadtweit mit dem Problem des rechtswidrigen Gehwegparkens unter Beachtung des in den einzelnen Vierteln vorherrschenden Parkdrucks umgegangen werden kann.

Dies bedeutet u.a. auch, dass im Zuge der Umsetzung des oben genannten Stadtratsbeschlusses geprüft werden muss, ob die Gehwege zugunsten des Fußgängerverkehrs vollständig freigehalten werden müssen und/oder die Straßen zur Sicherstellung von Rettungswegen und der Passierbarkeit für Versorgungsfahrzeuge (z.B. Müllabfuhr) zukünftig z. B. nur noch einseitig beparkt werden dürfen. Hier sind die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer*innen, die für die Allgemeinheit essentiellen Belange von Rettungs-, Einsatz- und Versorgungsfahrzeugen mit den individuellen Interessen insb. der Anwohner*innen an eine ausreichende Anzahl an Parkmöglichkeiten auf öffentlichen Verkehrsgrund gegeneinander abzuwägen.“

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass im Bereich der zuständigen Referate bereits eine Vielzahl an Maßnahmen ergriffen werden, um das Problem der zugeparkten Gehwege bzw. der nicht ausreichenden Fahrbahnbreite für Fahrzeuge der Daseinsvorsorge anzugehen. Die Zusammenarbeit zwischen AWM und KVÜ in den Zuständigkeitsbereichen der KVÜ (Parklizenzgebiete, Altstadt und Riem) hat sich bewährt.

Vor allem im Hinblick auf die vom MOR erwähnte Beschlussvorlage, die sich genau mit dieser Thematik auseinandersetzt, wäre es aus Sicht des AWM zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sinnvoll und zielführend, eine Kampagne mit annähernd gleicher Zielsetzung zu starten.

Darüber hinaus fällt die Durchführung einer generellen Kampagne zur Freihaltung von Gehwegen und Gewährleistung einer ausreichenden Fahrbahnbreite für sämtliche Fahrzeuge der Daseinsvorsorge nicht in den Aufgabenbereich des AWM (§1 Abs.3 der Betriebssatzung des AWM in Verbindung mit Art. 1 und Art. 2 des Bayerischen Abfallwirtschaftsgesetzes (BayAbfG)). Der AWM kann aus diesem Grund keine Finanzierung einer solchen Kampagne leisten.

KVR und MOR haben dieses Antwortschreiben mitgezeichnet.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Bürgerhaus Neuperlach – die unendliche Geschichte

Antrag Stadtrats-Mitglieder Daniel Stanke, Markus Walbrunn und Iris Was-sill (AfD) vom 27.2.2024

Antwort Kommunalreferentin Kristina Frank:

Mit Ihrem Antrag fordern Sie die Landeshauptstadt München, Kommunalreferat, auf, einen Sachstandsbericht hinsichtlich des Baus eines Provisoriums des Bürgerhauses Neuperlach am Hanns-Seidl-Platz sowie über Planungen für das endgültige Neubauvorhaben abzugeben.

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages beinhaltet die Aufforderung zu einer Berichterstattung, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlaube ich mir, Ihren Antrag mittels eines Briefs zu beantworten.

Zu Ihrem Antrag vom 27.2.2024 teile ich Ihnen Folgendes mit:

Das Grundstück wird auf Grundlage des Stadtratsbeschlusses in der Vollversammlung (VV) vom 9.6.2021 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 03471) seit Dezember 2023 zwischengenutzt. Das Konzept sieht vor, dass dabei Räume geschaffen werden, die für nachbarschaftliche Vernetzung und Aktionen genutzt werden können. Es obliegt dabei dem Mieter, die für die in seinem Konzept vorgesehenen baulichen Einrichtungen erforderlichen behördlichen Erlaubnisse, Genehmigungen und Konzessionen zu beschaffen, sodass diese erst sukzessive – je nach Genehmigungsstand – errichtet werden können.

Hinsichtlich des Neubauvorhabens kann nach derzeitigem Planungsstand eine Bebauung mit den vom Stadtrat bereits genehmigten Nutzungen nicht vor 2027 erfolgen. Eine detaillierte Zeitschiene wird nach Abschluss der bereits laufenden Vorplanung im Rahmen der Befassung des Stadtrats mit dem Projektauftrag benannt.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Donnerstag, 6. Juni 2024

Grundsatzbeschluss Bauen im Bestand

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann, Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste), Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner, Brigitte Wolf (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion) und Paul Bickelbacher, Ursula Harper, Anna Hanusch, Gudrun Lux, Angelika Pilz-Strasser, Florian Schönemann, Christian Smolka, Sibylle Stöhr, Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste)

Nahmobilität stärken – Klima schützen – Straßen sicherer machen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Mona Fuchs, Gunda Krauss, Sofie Langmeier, Gudrun Lux, Florian Schönemann und Christian Smolka (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste)

Bewohnerparkausweise für Motorräder und andere Zweiräder verbessern

Antrag Stadtrats-Mitglieder Hans Hammer, Hans-Peter Mehling und Veronika Mirlach (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

Keine Ideenwerkstatt in Feldmoching Konventionelle Bauleitplanung

Antrag Stadtrats-Mitglieder Heike Kainz und Alexander Reissl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 06.06.2024

Interfraktioneller Antrag: Grundsatzbeschluss Bauen im Bestand

Die Stadtverwaltung wird gebeten, einen Grundsatzbeschluss des Stadtrats vorzubereiten, durch den bei städtischen Ankäufen und der Weiterentwicklung städteigener Bestandsgebäude das Sanieren und Bauen im Bestand zum Regelfall wird und der Abriss zur Ausnahme.

- Bei allen Gebäuden erfolgt auch bei kritischer Ersteinschätzung zum Bestandserhalt mit dem Ankauf der Auftrag, in einer Machbarkeitsstudie den Bestandserhalt prioritär zu prüfen. Wo sinnvoll sind mehrere Varianten wie z.B. eine einfache Sanierung, eine Sanierung mit Erweiterung oder ein Teilabbruch oder Komplettabbruch zu prüfen und gegenüberzustellen.
- Aspekte wie Brandschutz, Statik, Schallschutz und Stockwerkshöhen sollen in der Machbarkeitsstudie unter besonderer Berücksichtigung des Bestandsschutzes und – Erhalts gewürdigt werden. Dabei ist insbesondere auch zu prüfen, ob eine Behandlung als Gebäudetyp- e Vorteile bringen kann.
- Für alle geprüften Varianten ist eine CO₂-Bilanzierung durchzuführen.
- Bei Ergänzungen und Erweiterungen wird geprüft, ob für Gebäudeteile oder einzelne Elemente das Serielle Bauen sinnvoll eingesetzt werden kann.
- Bei der Überprüfung des Stellplatzbedarfs ist es das Ziel, teure neue Tiefgaragen zu vermeiden mit Hilfe ganzheitlich ausgerichteter Mobilitätskonzepte.
- Eine Sanierung des Bestandes im bewohnten Zustand ist mit einer Sanierung im unbewohnten Zustand zu vergleichen und zu bewerten.

Begründung:

Der Münchner Baubestand ist wertvoll! Bisher hat das Bauen und Sanieren im Bestand jedoch nur Leuchtturmcharakter, obwohl sich gezeigt hat, dass sanierte Gebäude über einen Zeitraum von 50 Jahren nur ein Drittel der klimarelevanten Emissionen von gleichgroßen Ersatzneubauten erzeugen (siehe Klimaquartier Ramersdorf, Vorlage 20 -26 / V 10320). Um dieses Klimaschutz-Potenzial zu nutzen, bedarf es eines Paradigmenwechsels: Sanieren muss zum Standardvorgehen werden!

Denn: Die Baubranche ist verantwortlich für

- 40 % des CO₂-Ausstoßes beim Bau und Betrieb von Gebäuden
- 50 % des Müllaufkommens innerhalb der Baubranche
- 90 % des mineralischen Rohstoffverbrauchs für Baustoffe

(aus dem Positionspapier architects for future Deutschland e.V. vom 17.03.2024)

Häufige Hemmnisse zum Bauen im Bestand sind Schall- und Brandschutz, Stellplätze sowie Abstandsflächen. Nur weil das Nachrüsten mit einer Tiefgarage nicht möglich ist, muss dies nicht der Grund sein, das ganze Gebäude abzureißen.

Ein weiteres häufiges vermeintliches Argument für einen Abriss ist das Vorhandensein von asbesthaltigen Bauteilen. Richtig ist aber: Das 100%-ige Freimachen von Asbest gilt gleichermaßen für Abriss wie für die Sanierung eines Bestandsgebäudes bevor ein Abriss oder eine weitreichende Sanierung erfolgen kann.

Oft ist es beim Bauen im Bestand nicht möglich, eine 100 %-ige Barrierefreiheit anzubieten. Wenn allerdings ein Teil der Wohneinheiten barrierefrei oder -arm ausgestaltet werden kann, wäre dies in vielen Fällen wahrscheinlich hinnehmbar. In einer Machbarkeitsstudie sind die Nachverdichtungsoptionen des Bestandsgebäudes anzudeuten (Aufstockung, Anbau- und Ergänzungsmöglichkeiten). Die barrierefreie Erschließung von Teilbereichen im Bestand oder in der Ergänzung ist in der Machbarkeitsstudie zu bewerten. In den Nachverdichtungen und Aufstockungen wie auch im Belassen der Nachkriegsgrundrisse in Ihrer Einfachheit könnte auch die Frage „Wohnraum pro Kopf“ in der Machbarkeitsstudie Niederschlag finden.

Mit ihrer Initiative „Gebäudetyp-e“ wurde durch die Bayerische Architektenkammer ein zusätzliches Angebot innerhalb der Bayerischen Bauordnung geschaffen¹. Dabei tritt der „Gebäudetyp- e“ ("e" wie einfach bzw. experimentell) bewusst nicht anstelle der in der Bayerischen Bauordnung geltenden Gebäudeklassen, sondern ergänzt diese. Fachkundige Bauherren und Planende, erhalten damit die Freiheit, ihr Projekt auf den eigentlichen Kern der Schutzziele der Bayerischen Bauordnung (Standicherheit, Brandschutz, gesunde Lebensverhältnisse und Umweltschutz) zu reduzieren. Verzichtet werden kann dagegen auf darüberhinausgehende Normen und Standards.

Der Gebäudetyp- e stellt es sachkundigen Bauherrn, wie z.B. kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, frei, Normen und Grenzwerte der Musterbauordnung zu ändern ohne die Standicherheit, Brandschutz, gesunde Lebensverhältnisse und Umweltschutz zu gefährden.

Der Gebäudetyp- e wird derzeit genutzt, um Möglichkeiten der „Befreiung“ von der Bauordnung durch Unterschreiten der Normen zu erproben. Für Sanierung und Umbau von Bestandsgebäuden hegt er das Potential, dass Sanierung gegenüber Abriss in der Abwägung bevorzugt wird, selbst wenn dann einzelne Standards, die für Neubauten gelten, nicht eingehalten werden können.

Jede taugliche Sanierung gewinnt gegenüber Abriss und Neubau, was Ressourcen und Emissionen anbelangt. Bauen im Bestand ist Klimaschutz!

gez.

ÖDP / München Liste

Nicola Holtmann
Tobias Ruff
Sonja Haider
Dirk Höpner

DIE LINKE

Stefan Jagel
Brigitte Wolf
Marie Burneleit
Thomas Lechner

Die Grünen – Rosa Liste

Sibylle Stöhr
Anna Hanusch
Christian Smolka
Angelika Pilz-Strasser
Paul Bickelbacher
Gudrun Lux
Sebastian Weisenburger
Ursula Harper
Florian Schönemann

¹ <https://www.byak.de/aktuelles/newsdetail/gebaeudetyp-e.html>

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 06.06.2024

Nahmobilität stärken – Klima schützen – Straßen sicherer machen

Antrag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Nahmobilitätspauschale von derzeit 25 Mio. € pro Jahr im Jahr 2025 auf 40 Mio. € und ab dem Jahr 2026 dauerhaft auf 45 Mio. € pro Jahr aufzustocken. Die notwendigen Mittel sollen - ohne Ausweitung des städtischen Haushalts - aus dem Klimabudget des Referats für Klima- und Umweltschutz übertragen werden.

Begründung:

Die meist engen Radwege des bestehenden Münchner Radwegenetzes aus den 1990er und 2000er Jahren wurden normalerweise von den vorhandenen Gehwegen an den Rändern der Straße „abgeschnitten“. Darunter litt oftmals die Verkehrssicherheit, insbesondere die Sicherheit der Fußgänger*innen. Die Situation in der Lindwurmstraße steht dafür exemplarisch. Die Unfallzahlen dort sind dementsprechend seit Jahren auffällig hoch. Nur mit einer höheren Gewichtung der Bedürfnisse aller, mit ausreichenden Flächen für den Gehweg (z.B. Gastronomie, Einkäufer*innen, Arztbesucher*innen, Familien und Kindern) sowie für den Radweg, kann die Verkehrssicherheit verbessert werden.

Die Umsetzung des Radentscheids stellt die Grundlage für die Verkehrswende und den städtischen Klimaschutz dar. Nur mit einem guten eigenen Angebot für den Radverkehr mit sicheren und breiten Radwegen in der Stadt (s. auch die aktuelle Studie des Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung: *„Deutschland hat das Potenzial, den Radverkehrsanteil an Wegen bis 30 Kilometer Länge bis 2035 zu verdreifachen und die Verkehrsemissionen im Nahbereich um 34 Prozent zu reduzieren.“*) werden noch mehr Münchner*innen auf das Rad als Verkehrsmittel umsteigen und die vom Stadtrat beschlossenen Ziele des Radentscheids München weiterverfolgt.

Die durch den Radentscheid ausgelösten Projekte sind ein Jahrhundertprojekt. Straßenräume werden nicht alle Tage umgestaltet und derartige Umgestaltungen sind teils kostenintensiv. Dort wo schnellere und kostengünstigere temporäre Maßnahmen nicht möglich oder sinnvoll sind, stellen diese Umgestaltungsprojekte

die dringend notwendigen Investitionen in unsere Infrastruktur dar. Sie stellen die Weichen für die nächsten Jahrzehnte: Für lebenswerte und klimaangepasste Straßenräume, die den Zielen der Verkehrswende entsprechen und für die Vision Zero – einen verträglichen Stadtverkehr ohne Verkehrstote.

Um die vom Mobilitätsreferat sowie vom Baureferat bereits eingebrachten und zukünftigen Maßnahmen auch weiterhin stetig umsetzen zu können, müssen die dafür zur Verfügung stehenden Mittel der Nahmobilitätspauschale nun aufgestockt werden. In Zeiten einer schwierigen Haushaltslage sollen vorhandene Mittel aus dem Klimabudget des Referats für Klima- und Umweltschutz umgeschichtet werden.

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Mona Fuchs

Gudrun Lux

Paul Bickelbacher

Gunda Krauss

Sofie Langmeier

Florian Schönemann

Christian Smolka

Mitglieder des Stadtrates

ANTRAG

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



06.06.2024

Bewohnerparkausweise für Motorräder und andere Zweiräder verbessern

Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich für eine Verbesserung der Bewohnerparkausweise für Motorräder und Roller einzusetzen.

Dies umfasst:

- Bitte an das zuständige BMDV, Bewohnerparkausweise künftig auch in kleinerer und witterungsfester Form (beispielsweise im Kreditkartenformat) ausgeben zu dürfen
- Zeitnahe digitale Abfrage der Bewohnerparkausweise im Rahmen der Kontrollen bspw. über die HandyParken München App der SWM (wie im Beschluss „Parken 4.0“ 20-26 / V 10913 angedeutet und in anderen Städten wie Stuttgart bereits praktiziert)

Begründung

Auch für Motorräder und Roller wird ein Anwohnerparkausweis benötigt. Allerdings lassen sich die ausgegebenen Bewohnerparkausweise nicht oder nur schlecht (Diebstahlgefahr, Witterungseinflüsse, Platz, etc.) an den Fahrzeugen befestigen. Dieses Problem könnte behoben werden, wenn auch andere Formate zugelassen würden oder aber eine digitale Abfrage für mindestens Motorräder und Roller eingeführt würde.

Das derzeitige Verfahren, dass im Zweifel Widerspruch gegen das Bußgeld eingelegt werden muss, frustriert die regeltreuen Zweiradfahrer und bindet unnötig Personalkapazitäten in der Verwaltung.

Veronika Mirlach (Initiative)

Stadträtin

Hans-Peter Mehling

Stadtrat

Hans Hammer

Stadtrat

ANTRAG

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



06.06.2024

Keine Ideenwerkstatt in Feldmoching Konventionelle Bauleitplanung

Die Arbeiten an der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Nord (SEM Feldmoching) werden beendet. Die Ideenwerkstatt findet nicht statt.

Stattdessen wird der Stadtteil Feldmoching mit Bauleitplanung, abgestimmt mit der notwendigen Infrastruktur (Öffentlicher Nahverkehr, Bahnübergänge, Straßen, Schulen, Kindertagesbetreuung, etc.), weiterentwickelt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Freiflächen im Münchner Norden sowohl für Landwirtschaft und Naherholung der Bevölkerung (nicht nur des Stadtbezirks) zu erhalten sind.

Begründung

In Feldmoching stößt die Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme auf massive Kritik. Im SEM Nord-Gebiet hat die Stadt selbst nur wenige Grundstücksflächen in dem betreffenden Gebiet. Dass die Grundstückseigentümer an der SEM nicht teilnehmen wollen, haben diese wiederholt erklärt. In Feldmoching findet fast kein Grundstückverkehr mehr statt, die Vorkaufssatzung zur SEM geht daher ins Leere.

Alexander Reissl (Initiative)

Stadtrat

Heike Kainz

Stadträtin